



#dieschmidt

der newsletter

27.11.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

jeden Tag versucht in Deutschland ein Mann seine Partnerin oder seine Ex-Partnerin zu töten. Jeden dritten Tag gelingt es ihm. Am Mittwoch war der internationale Tag zur Beseitigung der Gewalt an Frauen. Während der Pandemie nimmt vor allem diese Form der Gewalt weltweit zu. Es ist unsere Pflicht dagegen vorzugehen und die Gewalt an Frauen zu beenden. Wir haben auch in dieser Woche wieder viele Dinge auf den Weg gebracht. Am Mittwoch habe ich in einer Aktuellen Stunde zur zunehmenden Ungleichheit in der Corona-Pandemie deutlich gemacht, dass vor allem Kinder und Jugendliche besonders viel leisten mussten und müssen. Deswegen ist es richtig, dass Schulen und KiTas offen bleiben. Trotzdem waren und sind diese Zeiten für Kinder aus ärmeren Familien besonders hart. Deswegen müssen wir die Nachteile ausgleichen und für Chancengleichheit sorgen. Das wollen wir u.a. mit unserer Kindergrundsicherung erreichen: Mit einer guten Sozial- und Bildungsinfrastruktur auf der einen und einer Geldleistung, die echte Teilhabe ermöglicht, auf der anderen Seite. Kein Kind soll mehr in Armut aufwachsen und niemand darf wegen seiner Kinder arm werden. [\(Hier geht es zu meiner Rede\)](#)



Dank der Verschärfungen der Maßnahmen im November konnte zwar das exponentielle Wachstum der Infektionszahlen gestoppt werden, die Infektionszahlen bleiben dennoch auf einem konstant hohen Niveau. Zudem gab es in dieser Woche einen neuen Höchststand an täglichen Todesfällen, die in Zusammenhang mit dem Corona-Virus stehen. (Heute: 426) Deshalb müssen wir nach wie vor umsichtig sein und dafür sorgen, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird und die bestmögliche Versorgung für alle Erkrankten gewährleistet ist. Die Bundesregierung hat mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten hierzu am Mittwoch endlich beschlossen, dass die Quarantäne-Bestimmungen vereinheitlicht werden sollen. Die Quarantäne-Zeit von Schulkindern wird von bisher 14 auf 5 Tage mit anschließendem Schnelltest reduziert. Ist dieser positiv, wird anschließend jeden dritten Tag erneut getestet, bis ein negatives Ergebnis vorliegt. Wer bereits erkrankt war, muss nicht in Quarantäne. Der Verkauf von Feuerwerkskörpern an Silvester wird auch in diesem Jahr stattfinden. Familien können wie jedes Jahr mit ihren Kindern auf dem Bürgersteig vor dem eigenen Haus Böller zünden, auf belebten Plätzen wird dies aber nicht möglich sein. Damit soll verhindert werden, dass Verletzungen durch Raketen und Böller, wie wir sie jährlich an Silvester erleben, die ohnehin schon angespannte Lage in den Krankenhäusern noch erheblich verschlimmern. Besonders in den großen Städten eskaliert das Böllern zum Jahresende regelmäßig. Und zuletzt sind wir es auch dem Pflegepersonal und den Ärztinnen und Ärzten – die derzeit übermenschliches leisten – schuldig! [\(Alle weiteren Maßnahmen und weshalb sie ergriffen werden, gibt es hier\)](#)

Das schnelle Fortschreiten der Entwicklung des Impfstoffes gibt uns Hoffnung, dass wir bald mit den Impfungen starten können. Der Lahn-Dill-Kreis hat gestern angekündigt, dass das Impfzentrum für unseren Kreis in der Lahnauhalle in Lahnau-Waldgirmes aufgebaut wird. Wenn alles gut läuft, kann noch im Dezember mit den Impfungen besonders gefährdeter Menschen begonnen werden.

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt, MdB

Für sicheren Handel von Wildtieren



Viele Menschen halten nicht nur Hunde oder Katzen, sondern auch exotische Tiere, wie Insekten, Reptilien, Vögel oder viele andere als Haustiere. Illegaler Artenhandel von Wildtieren kann aber auch dazu führen, dass Krankheitserreger aus anderen Teilen der Welt auf den Menschen übertragen werden und so auch im Schlimmsten Fall Pandemien verursacht werden können. Deshalb haben wir in dieser Woche mit einem Antrag beschlossen, dass der Handel auf Tierbörsen im Internet stärker kontrolliert wird. Die Personen, die im Handel mit Wildtieren tätig sind müssen zukünftig einen Sachkundenachweis vorhalten. Damit können Käuferinnen und Käufer besser mit Blick auf die Haltung von diesen Tieren informiert werden. Zudem fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich auf der Ebene der Vereinten Nationen für ein völkerrechtliches Abkommen zur Bekämpfung von Wildtierkriminalität einzusetzen.

Für ein Verbot von Plastiktüten



In den letzten Jahren ist der Verbrauch von Plastiktüten merklich reduziert worden. Aktuell werden nur noch 20 Tüten pro Jahr pro Kopf in Deutschland verbraucht. Um den Verbrauch weiter zu reduzieren und damit die Umwelt vor einer Plastikverschwendung zu schützen, haben wir diese Woche den Verkauf von Plastiktüten mit einer Wandstärke von weniger als 50 Mikrometern gesetzlich verboten. Denn besonders diese Tüten sind es, die häufig nur einmal benutzt und anschließend unsachgemäß weggeworfen werden.

Für ein flexibles Elterngeld



Viele Eltern, vor allem junge, möchten viel Zeit mit ihrem Kind verbringen. Gleichzeitig wollen sie aber auch ihren Beruf und ihre Familie gut organisiert unter einen Hut bringen. Wir sorgen mit dem Elterngeld und dem Partnerschaftsbonus dafür, dass Eltern dabei bestmöglich unterstützt werden. Mit dem jetzt in erster Lesung beratenden Gesetz vereinfachen wir die Elternzeit-Regelungen und machen den Zugang flexibler. Wir erweitern den Zeitkorridor des Partnerschaftsbonus von derzeit 25-30 auf 24-32 Stunden. Eltern können so flexibler entscheiden, ob sie drei oder vier Tage in der Woche arbeiten wollen. Besondere Unterstützung brauchen Eltern, die vor besonderen Herausforderungen stehen. Wenn Kinder sechs Wochen zu früh geboren werden, wird es nun einen zusätzlichen Monat Elterngeld geben.

Für ein transparentes Inkassorecht



Das Inkassorecht ist vor allem für Schuldnerinnen und Schuldner nicht transparent durchblickbar. Teilweise gibt es nicht nur unverhältnismäßige Kostendopplungen, sondern auch mangelnde Rechtskenntnisse der Betroffenen, die dadurch von Inkassounternehmen ausgenutzt werden können. Wir haben deshalb mit einem Gesetz den Verbraucherschutz im Inkassorecht gestärkt und sorgen für mehr Transparenz im Inkassorecht. Betroffene werden in Zukunft vor allem in den Fällen entlastet, in denen sie die Forderungen nach dem ersten Mahnschreiben beglichen oder in denen Forderungen von bis zu 50 Euro eingezogen wurden.

Beim Abschluss von Zahlungen müssen Verbraucherinnen und Verbraucher in Zukunft über die Kosten und Rechtsfolgen von Schuldanerkenntnissen transparent aufgeklärt werden.

Demokratie konkret



Wurde die Änderung des Infektionsschutzgesetzes vergangene Woche wirklich im „Eilverfahren“ beschlossen und was genau bedeutet eigentlich „Eilverfahren“? Das Grundgesetz regelt den Gesetzgebungsprozess eher lose und es sieht kein Eilverfahren für die Gesetzgebung vor. Der genaue Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens ist in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages geregelt. Hier gibt es auch Möglichkeiten zur Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens. Gesetzesentwürfe werden grundsätzlich in drei Beratungen im Deutschen Bundestag behandelt. Nach der ersten Beratung geht der Gesetzesentwurf regulär in die Ausschüsse. In diesen wird er beraten und eine Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusses beschlossen, welche dann an die Abgeordneten weitergegeben wird. Im Bundestag stimmen schließlich alle Bundestagsabgeordneten über die Beschlussempfehlung ab. Es gibt aber auch die Möglichkeit, das Gesetzgebungsverfahren zu beschleunigen. ([weiterlesen...](#))